

Sitzung Nr. 4 vom 23. April 2013

| | |
|---------------------------------|---|
| Vorsitz | Boris Banga, Stadtpräsident |
| Anwesend | Alex Kaufmann Remo Bill Urs Wirth Anna Duca (Ersatz) Daniel Trummer Aldo Bigolin Hubert Bläsi Renato Müller Reto Gasser (Ersatz) Ivo von Büren Marc Willemin Richard Aschberger (Ersatz) Thomas Marti Andreas Kummer |
| Entschuldigt | Clivia Wullimann Reto Mosimann Heinz Müller Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin- Stellvertreterin |
| Anwesend von Amtes wegen | Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung Marlyse Frey, Vizepräsidentin Jugendkommission Kurt Boner, Leiter SDOL Claude Barbey, Stadtbaumeister David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Tatijana Schütz, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei (Protokoll) |
| Dauer der Sitzung | 17:00 Uhr - 18:50 Uhr |

TRAKTANDEN

(2680 - 2688)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 19. Februar 2013
- 2 2680 Kreditüberschreitung zu Lasten LR 2012, Konto 220.364.00 - Sonderschulung, Sonderschulungen in Heimen und Institutionen
- 3 2681 Bericht zur Offenen Jugendarbeit 2012 / Lindenhaus
- 4 2682 Nachtragskredit 2012 / Rubrik 582.352.00/ Beitrag an Sozialregion SDOL für Sozialhilfe
- 5 2683 IR 218 / Neuer Kindergarten Westquartier / Projektgenehmigung und Kreditbewilligung / 2. Lesung
- 6 2684 Bewilligungen einer Kreditüberschreitung pro 2012
- 7 2685 Vororientierung über den Rechnungsabschluss 2012
- 8 2686 Interpellation Remo Bill (SP): Abbau Angebot Fernverkehr ab Fahrplanwechsel Dezember 2013 der SBB
- 9 2687 Interpellation Fraktion SVP: Transparenz und Schlichtungsstelle
- 10 2688 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 2 vom 19. Februar 2013 wird genehmigt.

- o -

Kreditüberschreitung zu Lasten LR 2012, Konto 220.364.00 - Sonderschulung, Sonderschulungen in Heimen und Institutionen

Vorlage: SV/12.03.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung, erläutert, dass die Schulverwaltung die Position „Sonderschulung, Sonderschulung in Heimen und Institutionen“ jedes Jahr sorgfältig budgetiert. Dies geschieht anhand der ihr bekannten Zahlen aus dem Vorjahr oder den Vorjahren. Die Schulverwaltung stellt fest, dass die Einteilung in Sonderschulen zunehmend ist. So waren auch im 2012 noch 29 Kinder budgetiert, effektiv besuchten aber 35 Kinder eine Sonderschule in einem Heim oder einer Institution, woraus der Nachtragskredit begründet werden kann.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Zu Lasten LR 2012 / Konto 220.364.00 Sonderschulung: Sonderschulungen in Heimen und Institutionen wird ein Nachtragskredit von Fr. 143'000.00 genehmigt.

Vollzug: SV

SV
FV

2.6.5 / acs/tsc

Bericht zur Offenen Jugendarbeit 2012 / Lindenhaus

Vorlage: JUKO/25.03.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Marlyse Frey, Vizepräsidentin Jugendkommission, dankt im Namen der Jugendkommission der ISG sowie dem ganzen Team Lindenhaus, insbesondere aber Regula Lüthi und Bruno Meier, für die letztes Jahr geleistete Arbeit. Zum Bericht gibt es seitens der Jugendkommission keine Ergänzungen, Erklärungen oder Formulierungen. Sie bittet den Rat, den entsprechenden Anträgen der Jugendkommission zuzustimmen.
- 1.2. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi hat dieses Jahr die Generalversammlung im Lindenhaus besucht und dabei ist ihm besonders aufgefallen, wie gut die Chemie zwischen den Beteiligten ist. Ebenfalls positiv zur Kenntnis genommen hat er die vom Präsidenten gemachten Aussagen zur guten Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Behörde. Wenn man sich an die entferntere Zusammenarbeit erinnert, war das ja bekanntlich nicht immer so. Aber die FDP ist überzeugt, dass sich das gemeinsame und konstruktiv kritische Suchen nach geeigneten Lösungen unterdessen bezahlt gemacht hat. Ein Beleg für das Vertrauen ist die Übergabe des Projektes Midnight an die ISG. Über die Tatsache, dass sich bei der Berichterstattung jeweils ziemlich viel Papier ansammelt, will er jetzt nicht lästern. Da der Gemeinderat die entsprechenden Bedingungen selber geschaffen hat, muss er das selbstkritisch einsehen. Bevor er zur Haltung der FDP kommt, stellt er noch folgende Frage: Wie sieht es mit der Vereinbarung betreffend Budget 2013 für das Projekt Midnight aus? Abschliessend dankt er allen an der Sache Beteiligten bestens für ihren wertvollen Einsatz in einem wichtigen Bereich des städtischen Zusammenlebens. In diesem Sinne ist die FDP für Eintreten und wird dem Antrag in der Schlussabstimmung auch zustimmen.
- 1.3. Gemeinderat Daniel Trummer betont, dass sich die SP-Fraktion dem Dank an alle Beteiligten, welchen die Vizepräsidentin der Jugendkommission bereits ausgesprochen hat, ebenfalls anschliesst. Es ist nicht selbstverständlich, dass drei Partner - die ISG, das Lindenhaus und die Jugendkommission als Controlling-Stelle - so gut zusammenarbeiten. Die SP ist mit dem Antrag und Beschlussesentwurf ganz sicher einverstanden. Sie ist dankbar für die grosse und breite Berichterstattung. Wie Hubert Bläsi bereits erwähnt hat, wird hier viel Papier eingesetzt, aber das wurde so beschlossen. Eventuell müsste man einmal auf den Gemeinderatsbeschluss zurückkommen und überlegen, ob nicht weniger Papier sinnvoll wäre.

Damit würde nicht nur Papier gespart, sondern auch Arbeit. Das Controlling ist zwar sehr aufwändig, aber auch in anderen Bereichen der Verwaltung wäre weniger manchmal vielleicht mehr. Es besteht eine wechselvolle Beziehung zwischen der ISG und dem Lindenhaus-Team und es ist Grossartiges geleistet worden. Die SP wird dem Antrag auf jeden Fall zustimmen.

- 1.4. Gemeinderat Thomas Marti gibt bekannt, dass die CVP den Bericht zur Offenen Jugendarbeit 2012 zur Kenntnis nimmt und den Verfassern für den ausführlichen Bericht sowie allen Mitarbeitenden des Lindenhauses für ihre engagierte Arbeit dankt. Aus ihrer Sicht ist die ISG den Anforderungen des Leistungsvertrages nachgekommen. Sie hofft, dass im 2014 eine geeignete Nachfolgerin für Regula Lüthi gefunden werden kann. Sie gratuliert Regula Lüthi im Nachhinein zu ihrem 10-jährigen Jubiläum und dankt schon im Voraus für das weitere Mitwirken im 2014 für Midnight Grenchen. Die CVP wird dem Geschäft zustimmen.
- 1.5. Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, schliesst sich im Namen der SVP dem vorgenannten Dank und der Gratulation zum 10-jährigen Jubiläum von Regula Lüthi an. Nachdem die SVP im Vorjahr noch Lücken im Controlling feststellte, ist sie dieses Jahr mit der Erfüllung der Bedingungen zufrieden und schätzt die verschiedenen Anlässe. Auch die SVP wird dem Antrag zustimmen.
- 1.6. Marlyse Frey kann die Frage von Hubert Bläsi nicht beantworten, da in der Jugendkommission ein anderes Mitglied für das Ressort Midnight zuständig ist.
- 1.7. Gemäss Stadtpräsident Boris Banga ist aber die Vereinbarung bei der Stadtschreiberin Luzia Meister in Bearbeitung. Die Pendeuz sollte bis zur nächsten Jugendkommissionssitzung erledigt sein.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Vom Jahresbericht „Offene Jugendarbeit Lindenhaus 2012“, dem Rechnungsbericht 2012 und dem Ausblick 2013 wird Kenntnis genommen.
- 4.2. Der Leistungsvertrag zur „Offenen Jugendarbeit Lindenhaus“ wird um ein weiteres Jahr (2014) verlängert.
- 4.3. Die Arbeit der Jugendkommission und der ISG wird verdankt.

Vollzug: JUKO, FV

JUKO
ISG, Herr Bruno Meier, Quartierstrasse 17, 2540 Grenchen
FV
SV
SDOL
Stapo

3.5.6 / acs/tsc

Nachtragskredit 2012 / Rubrik 582.352.00/ Beitrag an Sozialregion SDOL für Sozialhilfe

Vorlage: SDOL/08.04.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Kurt Boner, Leiter SDOL, ausführt, ist die Vorlage einfach zu verstehen. Die Stadt hat pro Einwohner Fr. 300.00 für die Sozialhilfe budgetiert. Die Kosten pro Einwohner im Kanton Solothurn werden aber rund Fr. 355.00 betragen, also ca. 20% Steigerung im Kanton Solothurn. Die definitiven Zahlen sind noch nicht bekannt.
- 1.1.1 Die Zunahme in Grenchen ist deutlich höher, jedoch ist das in anderen Regionen des Kantons Solothurn auch so. Es gibt also nicht ein Problem Grenchen - es gibt allenfalls ein Jurasüdfuss-Problem.
- 1.1.2 Der Zuzug von Menschen, die aus ihren angestammten Wohngegenden, wo die Mieten zu hoch sind und der Wohnraum zunehmend knapp ist, gedrängt werden, ist sicher Realität. Dazu kommt auch ein gewisser Zuzug aus dem EU-Raum - Leute, die aufgrund eines Arbeitsvertrages eine 5-jährige Bewilligung erlangen. Die Aufenthaltsbewilligung verfällt nicht, wenn diese Menschen nicht mehr arbeiten. Wie gross das Problem des Zuzugs von Menschen in die Sozialhilfe ist, kann nicht gesagt werden - es existieren keine Zahlen. Was sicher gesagt werden kann, ist, dass es sich nicht um Sozialtouristen handelt (dieser Begriff wird zunehmend verwendet), ein Tourist geht freiwillig an sein Ferienziel - und dann geht er wieder nach Hause. Es fehlen also zwei wichtige Touristenmerkmale. Zuerst müsste man im Kanton Solothurn das Problem einmal zur Kenntnis nehmen. Schon 2011 hatte der Kanton Solothurn den höchsten Zuwachs in der Sozialhilfe - von allen Kantonen.
- 1.1.3 Es wäre nun aber falsch, das Problem einfach nur auf äussere Faktoren zu beschränken. Im Kanton Solothurn wurde es in den letzten 10 Jahren konsequent verpasst, die Probleme dieses Leistungsfeldes mit der notwendigen Konsequenz anzugehen. Die eher chaotische Einführung der Sozialregionen ist keine Meisterleistung von Kanton und Einwohnergemeinden und ihrem Verband. Noch heute haben Sozialregionen buchstäblich existenzielle Probleme. Gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Kanton und Gemeinden haben bei diesem und anderen Themen eine lange Tradition. Man hat hier ein Leistungsfeld der Gemeinden, das von diesen zu 100% finanziert wird, sowohl die Sozialhilfe wie die Betriebskosten. Auf der anderen Seite gibt es eine kantonale Verwaltung, die eine Art Controlling, Lastenausgleich, Rechtssicherheit und Gesetzgebung macht. Die Gemeinden finanzieren diese Verwaltung, führen sich aber komischerweise nicht als Auftraggeber auf.

1.1.4 Fakt ist:

Stand heute ist weder eine einheitliche Datengrundlage da, noch existiert ein elektronischer Datenaustausch und ein wirksames Controlling.

Das ganze Leistungsfeld Sozialhilfe wird auf eine Art totgeschwiegen und nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit bewirtschaftet. Das realisiert man an der Front tagtäglich.

Bisher fand eine Auseinandersetzung mehr oder weniger in den Boulevardmedien statt. Einzelne Beispiele wurden dargestellt, Konsequenzen daraus wurden bisher kaum gezogen.

Immerhin ist nun auch eine Diskussion über die SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe), die im Kanton Solothurn verbindlich sind, lanciert. Mit welcher Arroganz Vertreter dieser Organisation bisher die moralische und ethische Hoheit beansprucht haben, nervt gewaltig. Politische Gremien, inklusive Sozialdirektorenkonferenz liessen sich aber immer wieder einlullen und einschläfern von immer gleichen Litaneien über die Vorzüge und Unveränderbarkeit dieses Systems.

Dabei vergessen sie, dass gerade die Sozialhilfe unmittelbar mit Gesellschaft und Politik verbunden ist. Jeder Franken, den man ausgibt, ist ein Steuerfranken und daher losgelöst von irgendwelchen dogmatischen und ideologischen Träumereien zu behandeln.

Man hat ein System, das den Bedarf von Menschen deckt – den Grundbedarf, die Miete, alle Gesundheitskosten inkl. Prämien, Integrationszulagen, situationsbedingte Leistungen usw., aber keine Steuern. Warum sollte sich jemand, wenn alles gedeckt ist, bewegen, wenn er, falls er einmal Fr. 3500.00 verdient, wieder Gesundheitskosten und Steuern bezahlt?

Er hat in diesem Rat, in Referaten und Statements immer wieder darauf hingewiesen, dass es Vereinfachungen, Transparenz bei den Systemen der sozialen Sicherheit und der Sozialhilfe braucht. Die Anreize sind zum Teil komplett falsch gesetzt. Er verschont die Gemeinderatsmitglieder hier mit weiteren Ausführungen – es ist viel zu aufwändig, das Konstrukt aufzudröseln. Das Problem ist, dass dies niemand macht. Solange alle diese Punkte nicht angepackt werden, ist alles Gesagte mehr oder weniger warme Luft.

Kurt Boner bittet den Rat, dem Nachtragskredit von Fr. 838'673.95 zuzustimmen.

- 1.2. Stadtpräsident Boris Banga erinnert an Beschlüsse, welche vom Gemeinderat gefällt wurden, jedoch ohne Konsequenzen blieben: die Einführung von Sozialdetektiven wurde in den Medien breitgeschlagen, so auch die Einstellung von weiteren Controllern. Die Stadt Grenchen wurde von der Gemeinde Fulenbach und den Medien getadelt, weil sie aufdeckt hatte, dass Asylbewerber abgeschoben werden. Das Schlimme an der Sache ist, dass alles, was die Stadt Grenchen einsetzt, um die Sozialhilfekosten (Controlling, Sozialdetektive) tiefzuhalten, die Stadt selber bezahlt. Sollten dadurch weniger Sozialhilfekosten entstehen, partizipieren alle Gemeinden. Ein weiterer Punkt ist, dass sich die Personalkosten Ende Jahr aufgrund der offenen, nicht abgeschlossenen Sozialfälle der Gemeinden, berechnen. Jeder kann sich nun selber ein Bild davon machen, wie gross das Interesse der Gemeinden ist, Sozialfälle abzuschliessen.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Urs Wirth nimmt gleich vorneweg, dass die SP-Fraktion auf dieses Geschäft eintreten und dem Nachtragskredit zustimmen wird, jedoch nicht ohne „Absingen wüster Lieder“. Kurt Boner hat einige Probleme aufgezeigt, Probleme der Transparenz und der Vereinfachung des Systems, welche dringend notwendig wären. Man hat ein viel zu kompliziertes System. Es gibt viele falsche Anreize, nicht nur für die Sozialhilfeempfänger, sondern auch für die Sozialregionen. Es bestehen falsche Anreize für die Sozialarbeit in den Sozialregionen. Auf nationaler Ebene ist das auch ein Resultat der Ablastungen von Bund auf Kanton und schlussendlich von Kanton auf die Kommunen. Die Kontrolle durch den Kanton kann praktisch als „Null“ bezeichnet werden. Es stellt sich für ihn auch die Frage, ob eine Angleichung der EL und Sozialhilfekosten ins Auge gefasst werden müsste. Man müsste einmal schauen, ob der Ansatz des Lebensbedarfes noch angemessen ist oder ob dieser einmal überprüft werden müsste. Auch sollte die Vernetzung der einzelnen Sozialregionen geprüft werden. Seines Wissens arbeiten diese nicht einmal mit den gleichen Software-Lösungen. Ein weiteres, dringend zu überprüfendes Problem stellt das Fehlen eines Vertrauensarztes in den Sozialregionen dar. Jeder kann mit einem Arztzeugnis kommen, welches ohne Zögern anerkannt wird. An allen Ecken und Enden fehlt es hier und es ist ihm schleierhaft und sogar unbegreiflich, weshalb der Kanton hier nicht reagiert bzw. von Seiten des Kantons ein entsprechendes Kontroll-Organ fehlt. Dieser Zustand ist unverantwortlich. Überall sieht er Verbesserungsbedarf und er möchte an dieser Stelle an den Kanton appellieren, dass dieses Problem nun einmal angepackt wird und die Sozialhilfe keine falschen Anreize mehr setzt, denn darin sieht er das Grundproblem. Die SP wird dem Kredit zustimmen, in der Hoffnung, dass endlich etwas geschieht.
- 2.2. Gemeinderat Renato Müller bedauert, dass dem Gemeinderat, wie in den vergangenen Jahren, aus dem Bereich Sozialhilfe eine Nachtragskredit-Vorlage präsentiert wird, die pure Konsternation hervorruft. Die soeben von Kurt Boner erwähnten Zusatzinformationen sowie die genannten Unstimmigkeiten zwischen Kanton und Gemeindeverband (VSEG) in Sachen Sozialwesen vermitteln weiteres Ungemach für die Stadtfinanzen und verbreiten eine zunehmende und finanzpolitisch kaum mehr verantwortbare Ungewissheit. Zu Recht muss man sich fragen, wie lange solche Wachstumsquoten bei den Sozialhilfekosten noch hingenommen werden können und wie die Stadt Grenchen die sich abzeichnenden, ernsthaften Finanzierungsprobleme lösen will. Das "Prinzip Hoffnung" ist im Sozialbereich definitiv fehl am Platz und man muss auf die Erkenntnisse aus der gemeindeinternen wie auch kantonalen Arbeitsgruppe setzen, die sich dem Vollzug des Sozialgesetzes und der Entwicklung der Sozialhilfekosten annehmen. Auch die in der kantonalen Sozialgesetzgebung verankerten SKOS-Empfehlungen, die zunehmend in der Kritik stehen und keine Anreize für Unabhängigkeit und Selbständigkeit von Sozialhilfebezügern bieten, dürfen hierbei nicht mehr ausgeklammert werden und sind auf kantonaler wie kommunaler Ebene kritisch zu prüfen. Wohlwissend, dass der weitere Anstieg von Fallzahlen auch den Stellenetat des Sozialdienstes beeinflussen wird, nimmt die FDP-Fraktion aus dem SDOL-Jahresbericht 2012 dennoch zur Kenntnis, dass die Personal- und Verwaltungskosten im abgelaufenen Jahr mit rund Fr. 56'000.00 unter dem Budgetkredit 2012 abschliessen.

Für dieses dankbare Resultat und den Klartext in seinen Erläuterungen zur Vorlage geht die Anerkennung der FDP an Kurt Boner mit der Bitte, diesen Dank für die geleistete Arbeit an die Mitarbeitenden weiter zu leiten. Der Lastenausgleich zwischen

Kanton und Gemeinden findet bekanntlich auch im Sozialwesen Anwendung. Alles ist gesetzlich geregelt und letztlich bleibt dem Gemeinderat hier und jetzt keine andere Wahl, als diese ungewünschten Mehrkosten zu dulden, auf die Vorlage einzutreten und den Nachtragskredit von besorgniserregenden Fr. 839'000.00 mit einer gehörigen Portion Missfälligkeit zu sprechen - was er im Namen der FDP-Fraktion so bekannt gibt.

- 2.3. Gemeinderat Ivo von Büren gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion auf den Nachtragskredit eintreten wird, obwohl dieser äusserst besorgniserregend ist. Er erkundigt sich, ob die Stadt Grenchen und/oder der Kantonsrat in der von Kurt Boner genannten Kommission SKOS vertreten oder wie diese Kommission zusammengesetzt ist und zudem würde er gerne wissen, wie gross der Einfluss der Stadt Grenchen auf die Arbeit der Kommission ist. Ausserdem kann sich die SVP dem Votum von Urs Wirth anschliessen. Ein weiterer Punkt, bei dem die Stadt Grenchen die Augen offen halten muss, ist die Gefahr, dass die Stadt aufgrund der hohen Rate an Sozialbezügern keine Bildung von Ghettos fördert. Dies vor allem im Lingeriz-Quartier, wie schon alt Gemeinderat Marcel Boder vor 10 Jahren warnte. Billigwohnungen sind nun mal Anziehungspunkte für Sozialhilfebezügler und das muss beobachtet und hier allenfalls gehandelt werden.
- 2.4. Gemeinderat Andreas Kummer gibt vorab bekannt, dass die CVP-Fraktion den Nachtragskredit zähneknirschend gutheissen wird. Zur Bemerkung, dass nur „warme Luft“ produziert wurde, muss er allerdings anfügen, dass bei der CVP jetzt auch aufgrund des Appells von Kurt Boner das Thema Sozialhilfe sehr hohe Priorität hat und sie in den nächsten vier Jahren dieses Problem mit aller Ernsthaftigkeit anpacken wird. Die CVP hat auch erkannt, dass der kommunale Handlungsspielraum leider begrenzt ist, aber nichts desto weniger ist es ihr wichtig, dass dieser enge Spielraum konsequent ausgenutzt und auch entsprechend Druck nach oben gemacht wird. Das Ziel wäre ein grösserer Handlungsspielraum von Seiten Kanton und Bund, um die kommunalen Probleme anzugehen. Die CVP will aber nicht mit dem Vorlegen von wirksamen Lösungen zuwarten, sondern in den nächsten Monaten Vorschläge unterbreiten, welche langfristig umgesetzt werden können. Dabei wird auch die SKOS berücksichtigt werden, damit man ein vernünftiges Verhältnis der Kosten erreichen kann. Hier besteht sicherlich Einigkeit unter den Parteien und dies sollte weiter eine gesunde Grundlage sein, gute und vernünftige Lösungen zu finden.
- 2.5. Gemeinderat Daniel Trummer stört sich ein wenig an Kurt Boners Aussage, wonach nur „warme Luft“ produziert wurde. Die Problematik wurde schon länger erkannt, da aber von Seiten Kanton niemand aktiv wurde, konnte auch in Grenchen nicht gehandelt werden. Für ihn ist dieser Zustand sehr unbefriedigend und die Aussage von Ivo von Büren betreffend Ghetto bestätigt doch, dass in gewissen Quartieren dringend Handlungsbedarf besteht. Als Variante sollte sich Grenchen als „wilder Westen des Kantons“ überlegen, eigene Regeln aufzustellen. Es gibt bereits eine Gemeinde im Kanton Schaffhausen, welche dieses System lebt. Vielleicht sollte sich Grenchen auch überlegen, sich vom Kanton und der Sozialregion loszulösen und selber Parameter für die Stadt festzulegen. Der Einfluss der Kantonsräte ist leider nicht so stark, wie sich das die Stadt wünscht und es besteht auch kaum Hoffnung, dass sich die Situation in den nächsten Jahren entspannt oder das Ganze anders organisiert wird. Es gibt wohl kaum eine Antwort auf die Frage, was Grenchen anders machen könnte, aber ein Denkanstoss sollte dies dennoch sein.

- 2.6. Boris Banga erklärt, dass die „Grenchner Lösung“ nur umzusetzen ist, wenn sich Grenchen zum Freistaat erklärt. Die SKOS hat wenig Bedeutung innerhalb der Kantone, da sich dieses Gremium aus Fachleuten der Sozialhilfe zusammensetzt, welche zum grossen Teil die gleiche Auffassung vertreten. Das Problem sieht er mehr darin, dass die Richtlinien der SKOS ganz unterschiedlich aufgefasst und angewendet werden.
- Eine zweite Kritik betrifft das „Lingerizquartier“. Nebst den Billigwohnungen, in denen rund 50% Schweizer Bürger wohnen, gibt es in diesem Quartier auch Villen und grosse Liegenschaften. Es ist nicht das Quartier, sondern das Ruf des Quartiers, welcher die Leute abhält, dort gute Liegenschaften zu kaufen. Das Grundproblem sieht er darin, dass die Gemeinden praktisch keine Handhabung haben. Wenn die SDOL keine Sozialhilfe mehr gibt, gibt es Rechtsmittel um den Rechtsanspruch durchzusetzen. Gemäss SKOS-Richtlinien ist genau vorgeschrieben, was ein Sozialhilfebezüger zum Leben braucht und der Stadt sind wieder die Hände gebunden.
- 2.7. Anna Duca, Ersatz-Gemeinderätin, ist der Meinung, dass der Kanton ja versuchte, „Nein“ zu den SKOS-Richtlinien zu sagen, dies aber gar nicht möglich ist. Also ist aus ihrer Sicht dem Kanton die Problematik klar und es braucht keine „Grenchner Lösung“. Zudem hat nicht nur Grenchen Probleme und es sind weit mehr Gemeinden involviert und suchen Lösungen. Sie ist auch der Ansicht, dass es Sozialarbeiter gibt, welche die einzelnen Situationen anders angehen als die anderen.
- 2.8. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi weiss, dass im Kantonsrat wie auch beim Kanton dieses Thema gegenwärtig ist und es werden auch im Osten des Kantons nach Lösungen gesucht. Es sind etliche Vorstösse in Ausarbeitung und Planung. Das Problem ist nur, dass man nicht weiss, ob es letztlich der Sache nutzt, da nicht vorausgesehen werden kann, welche Lösungen auf längere Zeit hin erfolgreich sein werden. Deshalb muss die Arbeit des Kantons abgewartet werden, bevor die Gemeinden tätig werden können. Danach wird es auch den rein kommunalen Gremien möglich sein, in der SKOS Einfluss zu nehmen.
- 2.9. Kurt Boner möchte bezüglich seiner Formulierung „warme Luft“ noch ergänzen, dass er nicht grundsätzlich die Arbeit im Gemeinderat meint, sondern dass sich die generelle Gesetzgebung wenig verändert hat und noch immer wenig grosszügig ist. Er ist sich bewusst, dass die Einflussmöglichkeiten gering und die SKOS-Richtlinien sehr streng sind und aufgrund dieser eine Einsparung von Kosten kaum möglich ist. Die SDOL sind eher zurückhaltend, was die Ausgaben an Bezüger betrifft und prüfen auch intern alle Sparmöglichkeiten, aber die Richtlinien sind bekannt und werden angewendet.
- Was die SKOS betrifft, fügt er noch an, dass es sich um ein Gremium handelt, in dem der Kanton Solothurn mit einer Person vertreten ist. Somit ist die Frage von Ivo von Büren beantwortet.
- Weiter erklärt er, dass die Sozialregionen und Gemeinden Richtlinien haben, welche die Höhe der Abgaben regeln. Diese Abgaben werden durch Steuergelder in den Gemeinden eingenommen. Der Kanton gibt also die Höhe vor, welche die Gemeinden zahlen dürfen, ohne Einfluss darauf zu nehmen. Es ist wichtig, dass die Gemeinden die Kantonsräte jetzt für ihre kommunalen Interessen einsetzen und diese ihre Aufgabe ernst nehmen, damit die Gemeinden nicht zu Sozialsklaven des Kantons werden.
- 2.10. Boris Banga sieht auch ein Problem im Lastenverteiler. Wenn die Stadt Grenchen 20 oder 30 % an Sozialhilfekosten einspart, nützt das der Stadt direkt nichts, da die

Kosten aus einem Fonds bezahlt werden, aus dem alle profitieren, falls eine Gemeinde tiefere Kosten hat als geplant.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Der Nachtragskredit von Fr. 838'673.95 für das Konto 582.352.00 „Beitrag an Sozialregion SDOL für Sozialhilfe“ wird bewilligt.

Vollzug: FV, SDOL

SDOL
FV

5.6.1 / acs

IR 218 / Neuer Kindergarten Westquartier / Projektgenehmigung und Kreditbewilligung /

2. Lesung

Vorlage: BD/11.04.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey fasst kurz zusammen, wie der Stand nach der 1. Lesung des Geschäftes ist und zeigt zuerst auf, weshalb das Atelier am Zelgweg auf den ersten Blick zwar interessant aussieht, sich aber als wenig geeignet entpuppte: Das Atelier ist bereits etwas älter und es müssen Mittel zur Wiederherstellung eingesetzt werden. Weiter müssten die Garderoben in den Keller verlegt werden und die Umgebung ist ebenfalls ungünstig, wenn nicht sogar gefährlich für Kindergartenkinder.

Die Möglichkeit, welche sich bereits an der 1. Lesung an der Lingerizstrasse bot, besteht nach wie vor, der Eigentümer steht noch zu seinem Angebot.

Das Schulhaus 1 bietet Möglichkeiten in Räumen im 1. oder 2. Stock, wobei auch da Geld für die Wiederherstellung in der Höhe von rund Fr. 40'000.- fliessen muss. Dennoch ist das aus Sicht der Baudirektion die geeignetste und kostengünstigste Lösung. Eine weitere Lösung in bestehenden Schulräumen mit der Möglichkeit eines Schulbusses für den Transport der Kindergartenkinder ist aus Kostengründen nicht möglich. Die Baudirektion war wirklich sehr bemüht, eine angemessene und geeignete Lösung zu finden, welche auch nachhaltig ist.

- 1.2. Roger Kurt, Vorsitzender Geschäftsleitung Schulen Grenchen, kann sich nicht vorstellen, den Kindergarten in einem Schulraum im Schulhaus 1 zu führen. Nach einem Augenschein vor Ort wurde ihm umso mehr bewusst, dass sich nicht nur dieser Schulraum, sondern die ganze Umgebung wenig eignen. Ein Kindergarten muss einen gewissen Standard erfüllen. Anhand von Fotos zeigt er bauliche Mängel und weitere Gegebenheiten auf. Ein Kindergarten sollte zudem im Erdgeschoss liegen, Garderoben und zwei Toiletten in der Nähe haben, über eine kleine Küche verfügen und nach Möglichkeit ein zweites Zimmer für den speziellen Förderunterricht zur Verfügung haben. Dies alles ist im Schulhaus 1 nicht gegeben und zudem kann es schwierig werden, wenn nebst dem Kindergarten auch eine Oberstufe im gleichen Schulhaus untergebracht ist. Er ist sich bewusst, dass die Stadt Geld sparen muss, dies darf jedoch nicht auf Kosten der Kindergartenkinder geschehen. Er bittet deshalb den Gemeinderat um eine wohlwollende Prüfung.

- 1.3. Für Mark Widmer, Schulleitung Eichholz, ist klar, dass ein Kindergarten dort betrieben werden soll, wo die Kinder sind und nicht die Kinder irgendwohin gehen müssen, wo ein Kindergarten Platz findet. Er ist überzeugt, dass ein 14. Kindergarten im Westen von Grenchen in den nächsten beiden Jahren aufgebaut werden muss. Die Variante eines Schulraumes im Schulhaus 1 ist für ihn gar „kinderunwürdig“. Eine Infrastruktur, welche nicht den Standards der anderen Kindergärten entspricht, könnte seiner Meinung nach zu den Ghettos führen, welche schon in einem anderen Geschäft bezüglich Sozialhilfe genannt wurden.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Ivo von Büren stört sich daran, dass auf den Fotos von Roger Kurt nur die Seite des Hauses gezeigt wird, auf der es einen grossen Parkplatz hat. Dass auf der anderen Seite ein Garten ist, wurde hier nicht gezeigt. War das Schulhaus 1 nicht für Schüler der Oberstufe nach der SEK I-Reform geplant? Er findet, dass es nicht in Ordnung ist, für ein Provisorium zu viel Geld auszugeben und dass das Schulhaus I baulich gar nicht so schlecht ist und für ein Kindergarten-Provisorium für den Westen der Stadt durchaus ausreicht.
- 2.2. Gemeinderat Remo Bill dankt der Baudirektion, dass sie sich nochmals dem Standort des Kindergartens angenommen hat. Nach Prüfung der verschiedenen Varianten ist für die SP der Standort Lingeriz immer noch ideal. Der Kindergarten sollte dort realisiert werden, wo die Kinder sind - im Zentrum des Einzugsgebietes. Der Modulbau ist als Kindergarten konzipiert und funktioniert. Er kennt verschiedene Kindergärten, die im Modulbausystem realisiert worden sind. Zum Beispiel in der Stadt Thun. Der Aussenraum - ein wichtiges Kriterium für einen Kindergarten - ist beim Standort Lingeriz vorhanden.
- Zur Variante Zelgweg: Nur durch grosse bauliche Massnahmen kann das Atelier zu einem Kindergarten umfunktioniert werden. Der Aussenraum ist ungenügend. Zudem befindet zwischen Lingeriz und Zelgweg der Friedhof. Wie im Orientierungslauf ist der kürzeste Weg - durch die Friedhofanlage - der schnellste.
 - Zur Variante Schulhaus 1: Eine absolute Notlösung. Es ist ein Kindergarten:
 - mit langem, gefährlichen Anmarschweg
 - in einem Gebäude mit Oberstufenschülern der 7./ 8. und 9. Klasse
 - im oberen Stockwerk ohne Beziehung zum Aussenraum
 - in einem lärmempfindlichen Gebäude
 - mit einem Asphaltplatz als Aussenspielplatz; nicht kinderfreundlich
 Wer von den Gemeinderatsmitgliedern würde seinem Kind das zumuten? Er seinem Kind sicher nicht.
- 2.3. Gemeinderat Thomas Marti unterstützt den Vorschlag, einen Kindergarten im Schulhaus 1 einzugliedern und für Fr. 40'000.- zu sanieren. Weiter müsste man halt noch einen Kredit für eine Anpassung des Aussenraums in Betracht ziehen.
- 2.4. Richard Aschberger, Ersatz-Gemeinderat, findet, dass man das vorhandene Zimmer im Schulhaus 1 nutzen sollte, da es ja bereit steht und als Notlösung für ein Jahr gut und kostengünstig für den Kindergarten genutzt werden kann.

- 2.5. Gemeinderat Marc Willemin würde auch die Variante Schulhaus 1 vorziehen, jedoch weiter nach einer anderen Lösung suchen, damit dies wirklich eine auf ein Jahr befristete Notlösung bleibt. Die Anlage im Zelg sollte nochmals geprüft werden oder als weitere, noch nicht genannte Variante könnte er sich vorstellen, den Kindergarten für ein Jahr auch in der Zivilschutzanlage im Eichholz zu betreiben.
- 2.6. Reto Gasser, Ersatz-Gemeinderat, ist sich bewusst, dass die Lingeriz-Variante zwar die beste, aber auch die luxuriöseste ist. Dennoch ist er der Meinung, dass die Schulraumplanung, welche im Gange ist, abgewartet werden sollte, um festzustellen, ob diese Variante wirklich zukunftsorientiert ist. Vielleicht braucht es diesen Kindergarten in 2 bis 3 Jahren ja gar nicht mehr und die Stadt hätte (zu) viel Geld in ein kurzzeitiges Provisorium investiert.
Das Schulhaus 1 ist ganz klar nicht ein Rolls-Royce, sondern eher ein Traktor, aber die Schulleitung hat ja Einfluss auf die Einrichtung und Darstellung des Raumes und kann dort sicher viel herausholen.
Für ihn hinkt zudem der Vergleich, dass (wie auf dem Foto sichtbar war) im Schulraum zwar Schlagzeug-Unterricht stattfinden kann, aus Lärmgründen ein Kindergarten aber nicht möglich ist. Somit ist die FDP klar für die Variante Schulhaus 1.
- 2.7. Roger Kurt gibt zu bedenken, dass Oberstufen-Schüler und Kindergartenkinder nicht vergleichbar sind. Auch wenn die Klassenzimmer für die kleineren Oberstufen-Klassen geeignet sind, können sich die grossen Kindergarten-Klassen dort nicht entfalten. Es stellen sich für ihn auch noch weitere Fragen: Wenn von einem Provisorium für ein Jahr gesprochen wird, wie ist das jetzt für das Schulhaus 1? Wo wird das Provisorium für die nächsten Jahre sein? Der Bedarf für einen Quartierkindergarten ist bereits heute da. Wenn Eltern bei der Zuteilung ihres Kindes feststellen, dass das Kind einen weiten Schulweg zurücklegen muss, obwohl in unmittelbarer Nähe ein Kindergarten ist, ist das für sie unverständlich. Viele Familien ziehen bewusst in die Nähe eines Kindergartens mit ihren Kindern.
Die Variante im Schulhaus 1 ist unbedingt abzulehnen und eine bessere, kindgerechtere Lösung zu unterstützen.
- 2.8. Claude Barbey macht darauf aufmerksam, dass das etwas nähergelegene Eichholz-Schulhaus zu 100% durch die Schule ausgelastet ist und dort keine Möglichkeit für einen Kindergarten besteht.
- 2.9. Stadtpräsident Boris Banga ist entsetzt und kann über die offenbar bereits gemachten Meinungen der bürgerlichen Parteien nur staunen. Bereits zwei Wochen nach den Gemeinderatswahlen ist der Familiensinn, welcher im Wahlkampf doch so gross geschrieben wurde, bereits wieder verfliegen.
Der Vorschlag, einen Kindergarten in eine Zivilschutz-Anlage zu verlegen, nur weil es Kinder aus dem Westen der Stadt betrifft, findet er völlig daneben und schämt sich für solche Aussagen des Gemeinderates. Solche Voten in Anwesenheit der Presse wirken sich schlecht für den ganzen Gemeinderat aus.
- 2.10. Ivo von Büren findet, dass sich Boris Banga ruhig selbst schämen sollte. Schliesslich hat er ja über Jahre eine Sanierung des Schulhauses I bewusst verhindert.
- 2.11. Boris Banga stellt richtig, dass er nicht eine Sanierung verhindert hat, sondern stets dafür plädiert hat, diese aufzuschieben, solange kein klarer Verwendungszweck für gewisse Schulräume besteht.

- 2.12. Remo Bill hat als Fachmann viele Kindergärten gebaut und weiss, worauf zu achten ist. Dass dies hier einfach aus Geldgründen nicht zum Tragen kommt, enttäuscht ihn sehr.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Gemeinderat Alexander Kaufmann möchte den Rat zur Vernunft aufrufen. Vermutlich hat keiner der hier anwesenden Gemeinderäte - ausser vielleicht Ivo von Büren - persönlich einen Augenschein der Räumlichkeiten im Schulhaus 1 unternommen. Die Variante Lingerizstrasse ist für ihn immer noch der richtige Standort für den neuen Kindergarten. Man hat ein gültiges Kindergartenkonzept und zwar mit Quartierkindergärten. Mit einem Entscheid für das Schulhaus 1 verlässt man dieses Konzept und wird somit unglaubwürdig. Auch wenn der Kostenfaktor verlockend ist; Ein Kindergartenprovisorium für das Westquartier im Schulhaus 1 ist für ihn nicht nachvollziehbar, nicht tragbar und sinnlos. Er stellt einen Rückweisungsantrag mit der Möglichkeit, die Alternativ-Variante Schulhaus 1 persönlich zu besichtigen und sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Zusätzlich werden der Baudirektion sowie der Schulverwaltung die Möglichkeit eröffnet, beide Varianten noch einmal vertieft abzuklären.
- 3.2. Claude Barbey weist darauf hin, dass eine zweite Rückweisung zeitlich sehr ungünstig kommt, und jetzt unbedingt gehandelt werden muss.
- 3.3. Boris Banga macht sich Sorgen, dass die Swatch-Group, welche als Vermieterin einer Variante in Frage käme, ihr Angebot zurückzieht, da ihr eine verbindliche Antwort versprochen wurde.
- 3.4. Angesichts des Antrags von Alexander Kaufmann beantragt Reto Gasser einen 5-minütigen Sitzungsunterbruch.
- 3.5. Roger Kurt drängt auch auf die Zeit. Im Sommer werden 300 Kindergartenkinder neu den Kindergarten besuchen und die Zuteilung muss baldmöglichst erfolgen. Er möchte heute eine Lösung durch den Gemeinderat, mit der er mit gutem Gewissen arbeiten kann. Die Eltern müssen informiert und allfällige Vorarbeiten am Objekt in Angriff genommen werden.
- 3.6. Die CVP, so Gemeinderat Andreas Kummer, hat den Rückweisungsantrag diskutiert. Ein solcher Antrag ist dann sinnvoll, wenn man mit der vorgeschlagenen Variante nicht zufrieden ist. Die CVP ist nicht mit der Variante Lingeriz einverstanden, weil dies eine teure und nur vorübergehende Lösung darstellt. Das Schulhaus 1 hat Mängel, die CVP ist sich bewusst, dass dies auch keine wirklich gute Lösung ist. Sie ist aber überzeugt, dass es zwischen diesen beiden Extremlösungen sicher noch eine dritte Variante gibt oder dass eine dieser Lösungen noch optimiert werden könnte, wenn man sich noch etwas Zeit nehmen würde. Es wurde vorhin erwähnt, dass die Stadt diese Zeit nicht hat. Seines Erachtens sollte es aber möglich sein, dass der Gemeinderat noch einmal darüber beraten kann. Die CVP schlägt deshalb ebenfalls vor, das Geschäft zurückzuweisen und anlässlich der nächsten Gemeinderatssitzung definitiv darüber zu entscheiden. Die Baudirektion wird beauftragt, die Varianten noch zu optimieren, damit der Gemeinderat damit leben kann und auch die Eltern und die betroffenen Kinder eine anständige Lösung haben.

- 3.7. Roger Kurt macht darauf aufmerksam, dass das Thema mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Vorgehen nicht vom Tisch ist. Die Stadt Grenchen wird 14 Kindergärten führen müssen. Es muss eine Lösung gesucht werden, welche kein Provisorium beinhaltet und dem Standard der Schulen Grenchen entspricht. Er ist froh zu vernehmen, dass der Gemeinderat das Schulhaus 1 im Grunde auch für keine gute Lösung hält.
- 3.8. Claude Barbey hat von der Swatch-Group die Mitteilung erhalten, dass sie umgehend nach der Gemeinderatssitzung einen Bericht verlangt, nicht zuletzt deshalb, weil es dort noch einen Bauern gibt, der auch über das weitere Vorgehen orientiert werden muss. Nach einer ablehnenden Entscheidung durch den Gemeinderat könnte es in Zukunft schwierig sein, mit der Swatch-Group betreffend dieses Grundstücks nochmals ins Geschäft zu kommen.
- Der Antrag auf Rückweisung von Alexander Kaufmann wird mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.*
- 3.9. Boris Banga kündigt an, dass die Verwaltung an der nächsten Gemeinderatssitzung mit einer Variante Schulhaus I kommen wird, weil etwas anderes zeitlich nicht mehr möglich ist.
4. Beschluss
- 4.1. Das Geschäft wird zum zweiten Mal zur Überarbeitung an die Baudirektion zurückgewiesen.

Vollzug: BD

BD
FKSG
GLSG
FV
PA

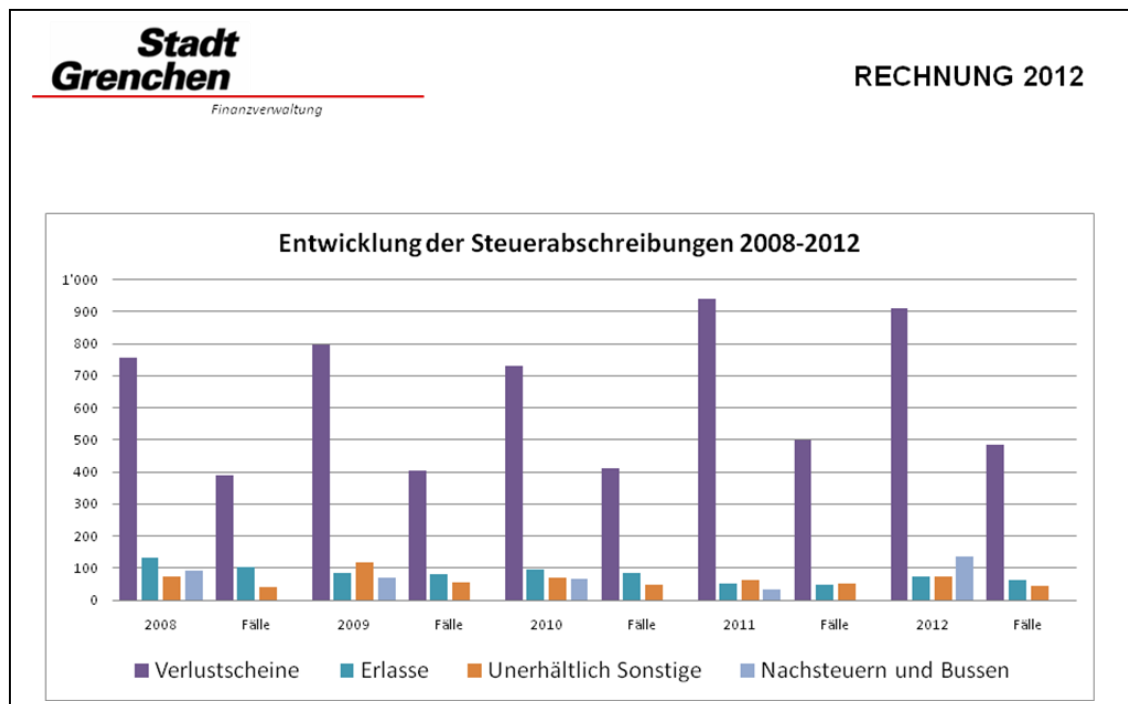
2.7.1 / acs/tsc

Bewilligungen einer Kreditüberschreitung pro 2012

Vorlage: FV/20.03.2013

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, erläutert die unten angefügte Folie.



2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat genehmigt den Nachtragskredit von Fr. 294'508.40 zu Lasten LR 2012, Konto 900.330.00, für die Abschreibungen Steuern.

Vollzug: FV

FV

9.2.1.2 / acs/tsc

Vororientierung über den Rechnungsabschluss 2012

1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, präsentiert das Rechnungsergebnis 2012 der Stadt Grenchen.

1.1. Entgegen dem budgetierten Aufwandüberschuss von 1.636 Mio. Franken schliesst die Laufende Rechnung 2012 mit einem Ertragsüberschuss von 2.981 Mio. Franken ab. Der ausgewiesene Finanzierungsüberschuss von 0.588 Mio. Franken ist wesentlich besser als der prognostizierte Fehlbetrag gemäss Budget. Die Nettoinvestitionen entsprechen mit 5.279 Mio. Franken nahezu dem Budget. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung schliesst besser ab als erwartet. Erhebliche Mehreinnahmen entstanden bei den Steuereinnahmen aufgrund von Taxationskorrekturen der Vorperioden. Die nur moderate Steigerung bei den Ausgaben konnte dank eines guten Kostenmanagements in den Abteilungen erreicht werden.

1.2. Ergebnis der Rechnung 2012 im Vergleich zum Budget:

| [In 1'000 Franken] | Rechnung 2012 | Budget 2012 | Abweichung |
|---|---------------|---------------|---------------|
| Laufende Rechnung | | | |
| Aufwand | 101'105 | 100'616 | 489 |
| Ertrag | 104'086 | 98'980 | 5'106 |
| Ergebnis | 2'981 | -1'636 | 4'617 |
| | | | |
| Investitionsrechnung | | | |
| Ausgaben | 9'642 | 7'333 | 2'309 |
| Einnahmen | 4'363 | 2'127 | 2'236 |
| Nettoinvestitionen | 5'279 | 5'206 | 73 |
| | | | |
| Finanzierung | | | |
| Ergebnis Laufende Rechnung | 2'981 | -1'636 | 4'617 |
| Abschreibungen Verwaltungsvermögen o.VF | 2'886 | 2'898 | -12 |
| Bruttoüberschuss (Cashflow) | 5'867 | 178 | 5'689 |
| Nettoinvestitionen | 5'279 | 5'206 | 73 |
| Finanzierungsergebnis | +588 | -5'028 | +5'616 |

Detaillierte Informationen zum Rechnungsabschluss 2012 erfolgen anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 14. Mai 2013.

2. Der Gemeinderat nimmt von der Vororientierung Kenntnis und dankt David Baumgartner sowie den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit.

FV

9.2.1.1 / acs/tsc

Interpellation Remo Bill (SP): Abbau Angebot Fernverkehr ab Fahrplanwechsel Dezember 2013 der SBB

1. Mit Datum vom 23. April 2013 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:
- 1.1. Interpellationstext:

Ausgangslage

Seit vor einigen Jahren der Halt der ICN von und nach der Westschweiz in Grenchen gestrichen wurde, existiert in der Rush-Hour von Montag-Freitag zwischen 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr ein Shuttle-Angebot «Regio-Express». Der Pendelzug verlässt Solothurn jeweils .03 Uhr und erreicht Grenchen .13 Uhr mit einem Halt in Selzach. Dieser Shuttle nimmt unter anderem die Reisenden von jeweiligen ICN ab, die Solothurn um 16.56 Uhr, 17.56 Uhr und 18.56 Uhr erreichen. Nach meinen Recherchen erfreut sich dieses Angebot der SBB grosser Beliebtheit.

Die Bedienung von Grenchen Süd zu den Spitzenzeiten im Halbstundentakt durch die SBB ist für den Wirtschaftsstandort Grenchen von grosser Bedeutung.

Stand heute

Weil dieses Angebot unter die 20% - Deckungsgrad-Limite falle - die der Bund für Beiträge für OEV-Leistungen vorsieht - sollen die 3 Verbindungen ersatzlos gestrichen werden.

Leider ist mit diesem Schritt die Stadt Grenchen einmal mehr im negativen Sinne betroffen. So hat Grenchen ab Dezember 2013 noch eine stündliche Direktverbindung aus den Regionen Zürich/Olten, was insbesondere für Pendler in unserer Region einem Angebotsabbau gleich kommt. Ich bitte die Verwaltung eindringlich, alles daran zu setzen, diese Streichung bei der Behandlung des «Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2014 - 2015» rückgängig zu machen und sich für die Weiterführung des Regioexpress stark zu machen.

Ich habe folgende Fragen an die Verwaltung mit dem Auftrag um Abklärung:

1. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Grenchen zu intervenieren?
2. Was unternimmt die Stadt Grenchen konkret gegen diesen Angebotsabbau der SBB?
3. Wird die Bevölkerung über diesen Angebotsabbau informiert?
4. Wäre eine zusätzliche Petition von Seiten der Bevölkerung sinnvoll?

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
AGöV
FV

6.5 / acs/tsc

Interpellation Fraktion SVP: Transparenz und Schlichtungsstelle

1. Mit Datum vom 23. April 2013 reicht Richard Aschberger (SVP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Seit Wochen werden Gemeinderäte der SVP von verschiedenen Seiten (Bevölkerung und Medien) angefragt zu zwei Themen, welche mehr Transparenz verdienen zwecks Information der Stimmbevölkerung. Daher bitte ich die Stadtverwaltung die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1. Stimmen die Aussagen, dass die Stadt Grenchen neu einen Ombudsmann oder eine Schlichtungsstelle unterhält (analog der Meldestelle beim Kanton wo man sich melden kann bei Mobbing, sexueller Belästigung, persönliche Probleme usw.), wo sich ungerecht behandelte gefühlte Stadtangestellte melden können. Stimmen diese Informationen tatsächlich und wenn ja, was für eine genaue Funktion hat diese Stelle inne und was kostet dieser Personalposten die Stadt Grenchen?*
- 2. Sollte diese Ombudsstelle tatsächlich existieren, weshalb wurde dies nicht kommuniziert, damit das alle Stadtangestellten und auch die Bevölkerung erfahren und seit wann genau ist diese Stelle in Betrieb?*
- 3. Gibt es überhaupt Arbeit für so eine Stelle oder wird diese nur bei Anfragen aktiviert, sofern die Stelle schon tätig ist oder wurde, wie viele Fälle werden behandelt?*
- 4. Der geheime Expertenbericht, welcher damals erstellt wurde rund um die Vorwürfe an das Stadtpräsidium, weshalb wird dieser nach wie vor der Bevölkerung vorenthalten und nicht veröffentlicht? Weshalb kann man den Bericht nicht bspw. mit anonymisierten Namen/Passagen veröffentlichen um endlich reinen Tisch zu machen und die Gerüchteküche trocken zu legen?*

Ich danke für die rasche Beantwortung der Fragen.

Anhang: Link zur Meldestelle beim Kanton:

<http://www.so.ch/departemente/finanzen/personalamt/dienstleistungen/beratungsangebot.html>

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

PA
RD

0.2.2 / acs/tsc

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Gemeinderatswahlen vom 14. April 2013: Gratulationen und Danksagung

- 1.1. Stadtpräsident Boris Banga gratuliert den neu- und wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und wünscht ihnen viel Glück, Erfolg und Gemeinsinn bei der Ausübung des Amtes. Ein besonderer Dank geht auch an die nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten, welche sich zu einer Partei bekannt und den Mut gehabt haben, sich zu exponieren.
- 1.2. Er dankt allen Mitgliedern des Wahl- und Abstimmungsbüros unter der Leitung des Zentralwahlbüropräsidenten Lukas Walter, dass sie innert kürzester Frist ohne Probleme die Wahl- und Abstimmungsergebnisse herausbringen konnten. Ihr Einsatz ist nicht selbstverständlich.

2. Demission von Reto Mosimann als Präsident der Bau-, Planungs- und Umweltkommission und als Vorstandsmitglied der Regionalplanung Grenchen-Büren per Anfang April 2013

- 2.1. Stadtpräsident Boris Banga orientiert den Gemeinderat, dass Gemeinderat Reto Mosimann mit Schreiben vom 30. März 2013 der Stadtkanzlei mitgeteilt hat, dass er aufgrund der schweren Erkrankung seiner erst kürzlich geborenen Tochter per sofort von allen seinen politischen Tätigkeiten und Mandaten – mit Ausnahme des Gemeinderatsmandates – demissioniert. Bis auf Weiteres werden die Ersatz-Gemeinderäte der FDP für ihn im Gemeinderat Einsitz nehmen.
- 2.2. Die Stadtkanzlei hat Reto Mosimann und seinen Angehörigen mit Schreiben vom 2. April 2013 die besten Wünsche entboten.